

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmitz
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (0228) 9 15 20-0
Telefax: 886 846 ppbn d
Telefax: 9 15 20-12

Inhalt

Christa Randzio-Plath
MdEP und Dr. Rolf
Linkohr MdEP zu den
jüngsten energiepoliti-
schen Beschlüssen der
EG: Mit leeren Händen
nach Rio.

Seite 1

Max von Heckel MdL
zur Glaubwürdigkeit
von CSU-Spar-Appel-
len: Vier Millionen für
ein Glasdach von
Strelbis neuer Kanzlei.

Seite 2

Dokumentation
Constanze Krehl MdEP
legt der Konferenz des
Europäischen Parla-
ments zur Situation in
den neuen Bundeslän-
dern in Dresden einen
Bericht vor. Wortlaut

Seite 3

47. Jahrgang / 93

15. Mai 1992

Mit leeren Händen nach Rio

Zu den jüngsten energiepolitischen Beschlüssen der EG

Von Christa Randzio-Plath MdEP
und Dr. Rolf Linkohr MdEP

Der Beschluß der EG-Kommission zu einer bedingten Energiesteuer ist ein Rückschlag im Kampf gegen die drohende Klimakatastrophe. Nach Lage der Dinge fährt die EG mit leeren Händen zum Weltklima-Gipfel nach Rio.

Dabei ist der Vorschlag im Kern begrüßenswert: Es geht um eine gemischte Energie/CO₂-Steuer, die von drei US-Dollar auf zehn je Barrel Rohöl anwachsen soll. Da er neben den fossilen auch die nuklearen Energieträger belasten soll, wäre er ein guter Beitrag zum Klimaschutz, weil er die einzelnen Energieträger nicht diskriminiert und sowohl private Haushalte als auch Unternehmen zur Energieeinsparung veranlaßt werden.

Negativ ist jedoch: Mit der Entscheidung, ihr Handeln von der Zustimmung anderer Industrieländer abhängig zu machen, will die Kommission verhindern, daß die Steuer für die Unternehmen in der EG Wettbewerbsnachteile bringt. Tatsächlich hat sich die Kommission um eine klare Aussage herumgedrückt und setzt sich freiwillig einer Erpressung aus. Im Ergebnis ist dies nicht nur eine herbe Schlappe für alle, die sich für den Schutz der Atmosphäre einsetzen.

Auch wenn zu recht von allen Industrienationen entsprechende Maßnahmen erwartet werden, bleibt die Verantwortung der EG gegenüber den Ländern des Südens bestehen. Selbst wenn die übrigen Industrieländer nicht mitziehen, muß die EG die Initiative ergreifen. Sie würde sonst unglaublich in ihren Umweltauforderungen an diese Länder.

Das Vorgehen der Kommission ist skandalös, denn schließlich hat sie die Brisanz des Treibhauseffekts längst anerkannt. Sie weiß genau, daß ohne einschneidende Maßnahmen die CO₂-Emissionen bis zum Jahr 2000 um etwa 13 Prozent zunehmen werden. Bedauerlicherweise findet sie jedoch mit ihrem Verhalten bei Teilen der Europaabgeordneten sogar noch Unterstützung. Nachdem das Europäische Parlament sich im vergangenen Jahr mit großer Mehrheit für Energiesteuern ausgesprochen hat, wird es die jetzt vorgelegten Entwürfe einer genauen Prüfung unterziehen.

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus 1/217
5300 Bonn 1, Postfach 12 04 08

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50
mfl. zuzügl. Mwst und Versand.

Fremdländer-Einkauf
mit -erhaltenen Rohstoffen
Recycling-Papier



Durch ihr Verhalten gefährdet die Kommission jedoch auch ihre weiteren Initiativen im Energiebereich. Es macht nämlich keinen Sinn, eine EG-Richtlinie über die Deregulierung des Energiemarktes zu verabschieden, wenn nicht gleichzeitig mit einer CO₂- oder Energiesteuer der Preis für Energie spürbar verteuert wird. In Europa muß das Ziel sein, den Verbrauch von Energie zu mindern. Die Kommission bewegt sich jedoch mit ihrer Strategie im Moment genau in die Gegenrichtung.

(-15. Mai 1992/rs/ks)

Vier Millionen für ein Glasdach von Streibls neuer Kanzlei
Zur Glaubwürdigkeit von CSU-Spar-Appellen

Von Max von Heckel MdL
Finanzpolitischer Sprecher der SPD-Fraktion im Bayerischen Landtag

Geht es um das Streibl'sche Renommierprojekt, den Neubau der bayerischen Staatskanzlei, dann wirft die CSU ihre eigenen Spargrundsätze über Bord und das Geld der Steuerzahler zum Fenster hinaus. Es ist ein Unsinn und angesichts der leeren Kassen finanzpolitisch unverantwortlich, ein vier Millionen Mark teures Glasdach bei der Einfahrt zur Staatskanzlei zu bauen. In einem Dringlichkeitsantrag fordert daher die bayerische SPD-Landtagsfraktion auf die Errichtung dieses protzigen Eingangsbauwerks zu verzichten.

Der Betrag von knapp vier Millionen Mark, den der Haushaltsausschuß des Bayerischen Landtags mit den Stimmen der CSU für diese Maßnahme bereitgestellt hat, sollte eher für soziale Zwecke verwendet werden. Beispielsweise könnte die Kürzung bei der Finanzierung von Erziehungsberatungsstellen, die von Wohlfahrtsverbänden betrieben werden, wieder rückgängig gemacht werden.

Auch könnten die Mittel für die Eingliederung Behinderter ins Berufsleben erhöht werden.

CSU-Politiker können angesichts der Ebbe in den öffentlichen Kassen nicht ständig Sparappelle an die Bürger richten, gleichzeitig aber auf großem Fuße leben und vier Millionen Mark für einen Wetterschutz der Staatskanzlei sinnlos verpulvern. Sparen sei die oberste Devise, hatte jüngst Bayerns Finanzminister Waldenfels verkündet. Doch wer im Glashaus sitzt, sollte bedenken, daß die Sparmaßnahmen gerecht erfolgen. Es ist blanker Zynismus, wenn die Staatsregierung ständig die Sozialausgaben kürzt, aber für Prunk- und Protzbauten bereitwillig Gelder zur Verfügung stellt. Eine solch unsoziale Politik fördert die Politikverdrossenheit der Bürger.

(-15. Mai 1992/rs/ks)

DOKUMENTATION

Zur sozialen Situation in den neuen Bundesländern

Das Europäische Parlament veranstaltet vom 18. bis 20. Mai in Dresden eine Konferenz zur 'Stärkung der wirtschaftlichen und sozialen Kohäsion in den fünf neuen Bundesländern und Berlin'. Die Leipziger SPD-Politikerin Constanze Krehl MdEP hat dazu eine Dokumentation erarbeitet, die die soziale Situation in Ostdeutschland deutlich macht.

Im September 1989 gab es in der DDR 9,25 Millionen Erwerbspersonen. Im Dezember 1991 ging die Bundesanstalt für Arbeit nur noch von 8,4 Millionen Erwerbspersonen aus. Zum Teil resultiert diese Zahl aus den Abwanderungen in die alten Bundesländer (1990: 350.000, 1991: 200.000), zum Teil gibt es aber eine sogenannte 'stille Reserve' von 300.000 Menschen - vorwiegend Frauen -, die sich nicht arbeitslos gemeldet haben.

Vor diesem Hintergrund muß man die offizielle Statistik des Arbeitsmarktes der neuen Bundesländer genauer betrachten.

Gemeldete Arbeitslose Januar '92	1.343.449	(16,5 Prozent)
Empfänger von Altersübergangsgeld	443.175	
Kurzarbeiter mit einem Arbeitsausfall von mehr als 50 Prozent	306.191	
Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen	393.487	
gesamt:	2.486.302	

Da die drei letztgenannten Kategorien finanzierte Maßnahmen zur Verhinderung von Arbeitslosigkeit sind, müssen sie in die Darstellung einer realen Arbeitslosenrate mit einbezogen werden. Diese würde mit den oben genannten Zahlen nämlich 31,5 Prozent betragen.

61,6 Prozent der Arbeitslosen (offizielle Rate) sind Frauen. In der früheren DDR waren circa 93 Prozent aller Frauen berufstätig und damit im Allgemeinen finanziell unabhängig. Durch diesen Rückhalt und dank der guten Versorgung mit Kindereinrichtungen war es den Frauen möglich, sich für ein Leben als alleinerziehende Mutter zu entscheiden. In der DDR hatten sich dazu circa eine Million Frauen entschieden, die heute mit unglaublichen Problemen konfrontiert sind. Sie müssen auf dem Arbeitsamt nachweisen, daß die Kinder betreut werden, um überhaupt als Arbeitslose registriert und eventuell vermittelt zu werden.

Das bedeutet für Alleinerziehende, die in der DDR nur ein Durchschnittseinkommen von 965,- M bezogen, daß sie heute mit 656 DM! leben sollen, da ihnen nur 68 Prozent ihres letzten Einkommens als Arbeitslosengeld zustehen.

Wie sie leben sollen, ist eine schwer zu beantwortende Frage, führt man sich folgende Fakten vor Augen:

- Kosten der Kinderbetreuung zwischen 80 und 100 DM
- Mietenexplosion
- sich an Altbundesländerstandard angleichende Lebenshaltungskosten.

Ausdruck der Verunsicherung von Frauen ist unter anderem die stark sinkende Geburtenanzahl. Während beispielsweise in Sachsen im ersten Halbjahr 1990 noch 26.059 Kinder geboren wurden, ging die Zahl im ersten Halbjahr 1991 auf 16.831 zurück.

Die Arbeitslosenrate beträgt in bestimmten Regionen, die stark monostrukturiert sind (zum Beispiel Textilindustrie in der Lausitz) punktuell bis zu 70 Prozent!

Auch die offizielle Zahl der Gewerbeanmeldungen schafft hier noch keine Abhilfe. Die Zahl der Gewerbeanmeldungen betrug 1991 268.953, die der Abmeldungen 176.121. Die verbleibende Zahl von 92.832 Gewerbeanmeldungen stammt zum größten Teil aus Getränkemarkten, Verkaufshallen, Reisebüros, Imbißbuden und ähnliches, nur circa zehn Prozent der Gründungen kommen aus dem Handwerk.

Wenn es heute in offiziellen Trauhandverkündigungen heißt, daß 40 Prozent der Arbeitsplätze in privatisierten Betrieben erhalten bleiben, wird verschwiegen, daß viele Betriebe kurz nach der Privatisierung geschlossen werden und für den neuen Eigentümer nur noch das Grundstück von Interesse ist. Führende Wirtschaftsinstitute rechnen damit, daß in Ostdeutschland nur circa vier Millionen Arbeitsplätze erhalten bleiben werden.

Im Zusammenhang mit diesen Zahlen steht eine zunehmende Tendenz zur Verarmung eines großen Teils der Bevölkerung. Zur Zeit leben etwa 200.000 Menschen in den neuen Bundesländern von Sozialhilfe. Diese Zahl ist jedoch ständig steigend. Bei der Zahl der Armutsgefährdeten tritt das Gefälle zwischen Ost und West noch deutlicher hervor. Während in München oder Frankfurt/Main etwa jeder zehnte Bürger an der Armutsgrenze lebt, ist zum Beispiel von den 2,6 Millionen Einwohnern Brandenburgs nach offiziellen Angaben von Frau Hildebrandt jetzt schon knapp die Hälfte betroffen!

Ein schwieriges Problem sind auch die Wohnungen. Der Wohnungsstandard in Ostdeutschland entspricht etwa dem Ausstattungsgrad der Wohnungen in den alten Bundesländern in den 60er Jahren. 800.000 Wohnungen (26 Prozent) besitzen kein Bad und keine Dusche, 600.000 Wohnungen haben lediglich eine Toilette im Treppenhaus. Der Investitionsbedarf beträgt hier rund sechs Milliarden DM. Im Moment gibt es kaum Wohnungsneubau, obwohl zum Beispiel im Bezirk Potsdam zur Zeit circa 48.000 Wohnungen fehlen.

Auf wirtschaftliche Aspekte möchte ich hier nicht weiter eingehen. Nur ein Hinweis: die Eigentumsproblematik ist im Moment wohl das größte Hindernis für eine schnellere Entwicklung im wirtschaftlichen Bereich. Bei den Ländern und Kommunen liegen Hunderttausende Rückübertragungsansprüche vor. Die Ansprüche gehen mitunter auf die Zeit vor dem Zweiten Weltkrieg zurück. Die momentane gesetzliche Regelung Rückgabe vor Entschädigung bewirkt, daß kaum ein Investor Grund und Boden erwerben kann. Die Prüfung der Ansprüche wird Jahre in Anspruch nehmen. Die Forderung der Sozialdemokraten, das Prinzip umzukehren und tatsächliche Ansprüche entsprechend zu entschädigen und damit schnellere Investitionen in Ostdeutschland zu ermöglichen, wird im Wesentlichen von allen Parteien in Ostdeutschland unterstützt. In Bonn führte das aber noch zu keiner entsprechenden Entscheidung.

Diese Aspekte habe ich im Zuge der Vorbereitung der Dresdenkonferenz über die Situation in den neuen Bundesländern, die vom 18. bis 20. Mai 1992 stattfinden wird, gesammelt. Mit Hilfe dieser Informationen können eventuell Nachfragen in der Konferenz erfolgen.

(-/15. Mai 1992/rs/ks)
